

Geleitwort von Kathia Serrano-Velarde

Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie

Die Studie von Stina Preuß widmet sich den Möglichkeiten und Grenzen *zivilgesellschaftlichen* Handelns im staatlichen Bildungssystem. „Die Genehmigungsverfahren Freier Alternativschulen“ ist als empirisch-qualitative Arbeit konzipiert, die sich mit staatlicher Kontrolle im Bildungssektor auseinandersetzt. Es sei vorweggenommen, dass der Analyseansatz, der organisationssoziologische Erklärungsmomente mit einer genuin politiksoziologischen Fragestellung kombiniert, einen zentralen wissenschaftlichen *und* vor allem auch anwendungspraktischen Forschungsbeitrag leistet. Durch den Fokus auf die Bewegung der Freien Alternativschulen und ihr jahrzehntelanger Kampf um staatliche und soziale Anerkennung wird daher eine bedeutsame Lücke in der wissenschaftlichen Debatte aufgezeigt, die sowohl empirische als auch theoretische Anknüpfungspunkte anbietet.

Privatschulen, insbesondere Freie Alternativschulen, werden dabei als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Beteiligung in einem Schulsystem interpretiert, das einer starken staatlichen Kontrolle unterliegt. Funktion und Handlungsspielraum des Staates werden in Artikel 7 des Grundgesetzes festgelegt: „Die Genehmigung [zur Errichtung privater Schulen] ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. (...) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt“. Das Zusammendenken einer „Gleichwertigkeit“ zu staatlichen Bildungseinrichtungen und einer systematischen Andersartigkeit, die als „besonderes pädagogisches Interesse“ ausgelegt ist, führt uns schnellen Schrittes zum Dilemma, mit dem private Gründungsinitiativen in Deutschland konfrontiert sind: Wie kann man strukturelle „Gleichwertigkeit“ und normative

„Besonderheit“ in Einklang bringen, wenn staatliche Vorstellungen einer strukturellen Gleichwertigkeit normativ prädeterniniert sind?

Anders als reformpädagogische Initiativen, die sich in kirchlicher Trägerschaft befinden, gehen Gründungsprojekte Freier Alternativschulen vornehmlich auf Elterninitiativen zurück und stellen das Prinzip des „besonderen pädagogischen Interesses“ in den argumentativen Vordergrund. Somit greifen gerade diese Gründungsinitiativen bewusst das besagte Paradoxon Gleichwertigkeit/Besonderheit auf, um ihr Bildungsprojekt zu rechtfertigen und sich von anderen privaten Trägern abzugrenzen. Die Gefahr, dass zivilgesellschaftliche Akteure Partikularinteressen im Bildungssystem realisieren und somit den staatlichen Gleichheitsvorstellungen entgegenlaufen, führt zur tendenziell defensiven „Schutz“-Haltung des Staates gegenüber zivilgesellschaftlichen Bildungsinitiativen.

Der zentrale Beitrag dieser Arbeit ist, die realen und praktischen Bedingungen der privaten Schulgründung aufzudecken und die Wirkung einer staatlich kontrollierten „Schutz“-Norm auf zivilgesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu hinterfragen. Die Coping-Strategien der GründerInnen Freier Alternativschulen werden systematisch aufgearbeitet und in einen Bezug zu einer staatlichen Regulationsinstanz gesetzt, die nicht nur die Entscheidungs- sondern auch die Deutungshoheit im Bildungssystem innehat. Allein durch die Mobilisierung politischer und wissenschaftlicher „Ressourcen“ schaffen es die GründerInnen, die staatlichen Bildungsnormen zu durchbrechen und die Anerkennung eines „besonderen pädagogischen Interesses“ zu forcieren. Schließlich verdichtet sich die Analyse zu einem besorgniserregendem Fazit: Das deutsche Bildungssystem schließt systematisch zivilgesellschaftliche Reforminitiativen aus, die sich von der staatlichen Bildungsnorm abzugrenzen versuchen. Damit wird der Staat zur einzig legitimen Quelle von Bildungsinnovationen – ein trauriges, aber selbstverschuldetes Ergebnis der deutschen Bildungspolitik, die nach dem PISA-Alarm der frühen 2000er Jahre nun wieder einzuschlafen droht.

Die Genehmigungsverfahren Freier Alternativschulen
Eine Analyse zivilgesellschaftlicher Beteiligung im
deutschen Schulwesen

Preuß, S.

2016, XVII, 416 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-13595-9